

Volkmar Klein

Mitglied des
Deutschen Bundestags

Abgeordneter für
Siegen-Wittgenstein



Informationen aus Berlin

für Siegerland
und Wittgenstein

Ausgabe 18 / November 2014

Liebe Leserin,
lieber Leser,

viele haben nach dem Ende der Diktaturen in Osteuropa und des Kalten Krieges gedacht, Konflikte könne es gar nicht mehr geben. Das ist offensichtlich falsch. Außenpolitische Fragen sind heute wieder ganz oben auf der Tagesordnung und für ein Leben in Frieden bei uns in Deutschland ganz entscheidend. Persönlich bin ich einerseits sehr froh, neben meiner Hauptverantwortung im Haushaltsausschuss nun auch im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages mitarbeiten zu können. Andererseits fühlt man sich angesichts der aktuellen Entwicklung in Syrien oder in der Ukraine manchmal wirklich erschreckend hilflos.

Neben den politischen Problemen müssen wir uns jetzt auch noch der Herausforderung durch die Ebola-Krise stellen. **Der Haushaltsausschuss hat im Oktober zusätzliche 85 Mio. Euro für den Kampf gegen Ebola bereitgestellt**, so dass Deutschland sich jetzt mit insgesamt 102 Mio. Euro beteiligt. Dazu kommt der deutsche Anteil am europäischen Ebola-Programm. Da wird sicher noch mehr gebraucht.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr



Über die **Facebook-Seite** von Volkmar Klein regelmäßig informiert sein:
Einfach hier scannen und „gefällt mir“ klicken.

Krisen bereiten weltweit große Sorgen Frieden muss mit Besonnenheit gesichert werden Bundeskanzlerin ist Garant für richtigen Kurs

Die Entwicklung in der Ost-Ukraine rüttelt an zwei Grundpfeilern der erfolgreichen europäischen Friedensordnung der letzten Jahrzehnte: Die Gültigkeit von Grenzen wird nicht in Frage gestellt, trotz im Einzelfall noch so guter historischer Gründe. Davon gibt es nämlich viele. Statt dessen wird versucht, Grenzen zu überwinden, nicht sie zu verschieben. Und: Kein Land erklärt sich zum eigentlichen Wächter der Interessen nationaler Minderheiten im Nachbarland. Russland setzt sich über beides hinweg. Nicht nur in den baltischen Ländern herrscht die schiere Angst. Das muss Russland deutlich gemacht werden und ein ernsthafter Beitrag zur Erhaltung des Friedens eingefordert werden. Bisher ist der leider noch nicht erkennbar.

Religionsfreiheit sichern

Religionsfreiheit ist zentrales Menschenrecht. Vor allem Christen leiden gegenwärtig in vielen Ländern unter der Einschränkung dieses Rechts. Das wurde deutlich bei einer gut besuchten Veranstaltung in der Weidenauer Bismarckhalle mit Edgar Lamm, dem Vorsitzenden der deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. In der Türkei hat sich die Lage in den letzten Jahren deutlich verbessert und zahlreiche uralte Kirchen werden zurückgegeben. Andererseits gibt es weiter eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die beispielhaft an den vielen Prozessen um Grundstücke gegen das Kloster Mor Gabriel im Tur Abdin deutlich wird. Auch ein Unterricht der aramäischen Sprache ist offiziell verboten. Wer nicht am islamischen Religionsunterricht teilnimmt, bekommt auch keine Notenpunkte, was zu einem schlechteren Schnitt führt. Anfang Oktober ist Volkmar Klein mit Edgar Lamm in Mor Gabriel gewesen.

Angela Merkel steht dafür, dass der Gesprächsfaden zu Putin nicht abreißt, dass aber gleichzeitig gut dosierte Sanktionen eingesetzt werden. Besonders die Finanzsanktionen verfehlen gegenwärtig ihr Ziel nicht. Frieden ist unverzichtbare Grundlage auch für unseren Wohlstand, wir müssen ihn mit Geschick erhalten und uns das notfalls auch etwas kosten lassen. Gleichzeitig müssen wir uns entschlossen wehren gegen den Terror des selbst ernannten Islamischen Staats (IS), dessen Auswirkungen bis hin zu uns in Europa wir bereits heute spüren.



Siegerländer CVJMler zu Besuch in Berlin



Besuch im Kloster Mor Gabriel bei Erzbischof Theodor Heil, Samuel Aktas gemeinsam mit Edgar Lamm, dem Vorsitzenden der deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und einer kleinen Delegation der Organisation.

„Rote Hände Aktion“ der Realschule Netphen

Insgesamt 1.421 „Rote Hände“-Blätter hatten Schülerinnen und Schüler von der Realschule Netphen gegen den Einsatz von Kindersoldaten gesammelt und dann Volkmar Klein mit nach Berlin gegeben. Der überreichte diese jetzt wie verabredet an Günter Nooke, den Afrika-Beauftragten der Bundeskanzlerin. Nooke zeigte sich begeistert von der Netphener Aktion. Gegenwärtig gibt es nach UNO-Schätzungen etwa 250.000 Kindersoldaten, die von rund 50 verschiedenen bewaffneten Gruppen vor allem in Afrika in den Krieg geschickt werden. Ein ganz wichtiger Aspekt deutscher Entwicklungszusammenarbeit ist, Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu geben und wirtschaftlichen Wohlstand ohne Konflikte zu ermöglichen.



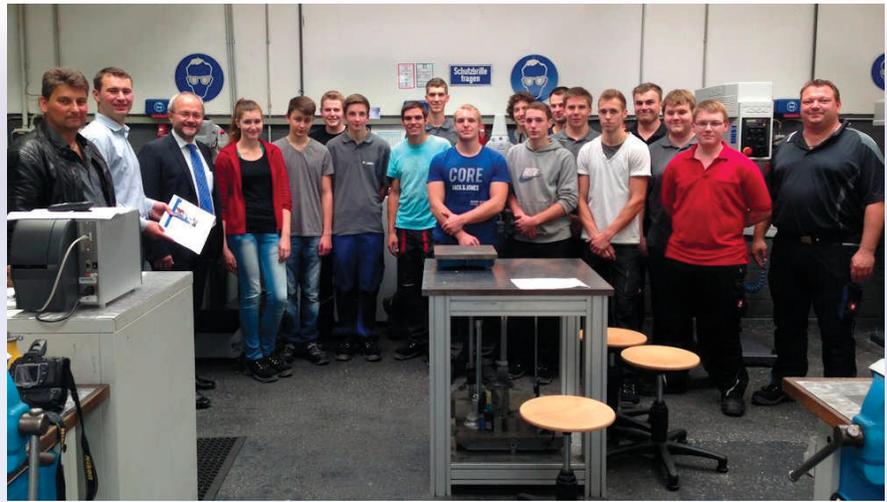
Volkmar Klein überreicht die „Roten Hände“ auf der Empore des Bundestags an Angela Merckels Afrika-Beauftragten Günter Nooke.

Projektbewertung für Bundesverkehrswegeplan

In den nächsten Monaten werden für alle Straßenbauprojekte, die für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet sind, die jeweiligen Kosten und Nutzen bewertet. Bei der Ermittlung des Nutzens kommt es natürlich vor allem auf die Parameter an. Volkmar Klein hat die Sorge, dass dabei weiter zu sehr die prognostizierte Zahl der Fahrzeuge pro Tag im Mittelpunkt steht und damit Ballungsräume mit hoher Bevölkerungszahl bevorteilt werden. Er setzt sich dafür ein, dass auch strukturelle Effekte dabei ausreichend berücksichtigt werden. Die sind in unserer stark exportorientierten Region besonders wichtig und notwendig für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Siegen-Wittgenstein.



Siegerländer Besucher auf dem Dach des Berliner Reichstagsgebäudes.



Besuch in der Lehrwerkstatt der Maschinenfabrik Albrecht Bäume in Freudenberg: Für die Zukunftschancen der Firma ist die gute Arbeit dort genauso wichtig wie für die persönliche Zukunft der Auszubildenden. Das Unternehmen ist weltweit Marktführer für Schneidemaschinen vor allem in der Schaumstoffindustrie und einer der „hidden champions“ unserer Region.

NRW-Innenminister hat Lage unterschätzt Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität und Hilfe Offensichtliche Probleme müssen aber benannt werden

Von Anfang an ist die Landesregierung ihrer Verantwortung in den Flüchtlingslagern Bad Berleburg und Burbach nicht wirklich gerecht geworden. Trotz sogar persönlicher Intervention der beiden Bürgermeister hat man dort die Komplexität der Lage drastisch unterschätzt. Aber trotz offenkundiger Überforderung ist das menschenverachtende Verhalten einiger Wachleute völlig unentschuldig. Gleichzeitig darf man nicht die Augen davor verschließen, dass offensichtlich einige der Flüchtlinge immer wieder für Ärger und Polizeieinsätze sorgen. Darunter leiden diejenigen, die beispielsweise nach Verfolgung in Eritrea oder Krieg in Syrien bei uns berechtigt Schutz suchen und froh über persönliche Sicherheit sind. Großartig ist das ehrenamtliche Engagement all derer die helfen, erste persönliche Kontakte aufzubauen. Beispielsweise hat die Burbacher evangelische Kirchengemeinde englischsprachige Bestandteile in den sonntäglichen Gottesdienst aufgenommen, um die manchmal zahlreichen Gäste aus der Unterkunft besser einbeziehen zu können. Das ist eine schöne Entwick-

lung. Umgekehrt muss man aber auch die Probleme ansprechen, die dann meist von alleinstehenden, jungen Männern aus Nordafrika ausgehen. Da muss die Justiz viel konsequenter durchgreifen, denn dauernde Polizeieinsätze nach immer dem gleichen Muster können nicht die Lösung sein. Im Übrigen brauchen wir eine deutliche Beschleunigung der Verfahren. Dem dient die bereits durchgesetzte Einordnung von Serbien, Mazedonien und Bosnien als „sichere Herkunftsländer.“ Leider hat aber der sozialdemokratische Koalitionspartner eine gleichlautende Eingruppierung von Albanien, Kosovo und Montenegro bisher abgelehnt. Insgesamt kommen gegenwärtig rund 25% aller Asylanträge aus diesen sechs Ländern des westlichen Balkan. Das sind aber allesamt Staaten, in denen nach Ende der früheren kommunistischen Diktatur längst ein funktionierendes Rechtssystem aufgebaut ist. Asyl ist für den Balkan nicht mehr die richtige Antwort.



25 Jahre Mauerfall

Am 9.11.1989 ist die Mauer gefallen. Die Menschen haben sich Reisefreiheit erkämpft und die DDR-Diktatur überwunden. **Dafür dürfen wir bis heute dankbar sein.** Viel zu oft wird heute das Unrecht, das in der DDR erlitten wurde, verharmlost.



Die Kanzlerin hat ein unglaubliches Pensum an Terminen, findet trotzdem aber regelmäßig Zeit für Gespräche im kleinen Kreis. Hier mit den Fraktionskollegen aus NRW.

Bundeshaushalt 2015 ohne neue Schulden Seit 1969 gab es keinen ausgeglichenen Haushalt mehr

Der Deutsche Bundestag berät den Haushaltsplan für das kommende Jahr und erstmals seit 45 Jahren soll es dabei keine neuen Schulden mehr geben. Das ist ein großartiger Erfolg, der weltweit große Beachtung findet: **Deutschland bleibt der Stabilitätsanker Europas und ist gleichzeitig Wachstumsmotor.** Beides

hängt zusammen: Stabilität bringt Vertrauen und sorgt dafür, dass Privatleute und Unternehmen sich für Investitionen entscheiden. Das wiederum ist wichtige Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Im Übrigen ist es auch ein ethisches Gebot, unseren Kindern nicht überbordende Schulden aufzubürden.

NRW-Mülldiktat schadet unserer Region Müllgebühren nicht aus den Augen verlieren

Derzeit wird der Abfallwirtschaftsplan des Landes überarbeitet. Die Ziele dabei sind unter anderem Abfallvermeidung, Wiederverwertung, Stärkung der Kreislaufwirtschaft sowie eine möglichst ortsnahe Abfallentsorgung. Bei allem Verständnis für diese Aspekte darf das Umweltministerium die Gebühren für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht völlig unbeachtet lassen. Durch den vorliegenden Entwurf des NRW-Umweltministeriums drohen deutlich höhere

Müllgebühren. Bisher wurde der Restmüll aus Siegen-Wittgenstein aufgrund der viel günstigeren Preissituation in die Müllverbrennungsanlagen Wuppertal, Köln oder Herten gebracht. Zukünftig könnte der Kreis Siegen-Wittgenstein jedoch gezwungen sein, trotz deutlich höherer Verbrennungskosten Hagen oder Iserlohn zu beliefern. So sieht es der Plan des Umweltministeriums vor. Danach wäre der Kreis Siegen-Wittgenstein zukünftig verpflichtet eine Verbrennungsanlage innerhalb der Entsorgungsregion Westfalen zu nutzen. Günstigere Verbrennungsanlagen in einer der beiden anderen Entsorgungsregionen, wie derzeit z.B. in Köln, dürften nicht mehr angefahren werden. Damit zerstört das Ministerium jeden Anreiz, nach wirtschaftlicheren Entsorgungsmöglichkeiten zu suchen. Im Übrigen muss es auch einen Ausgleich zwischen ökologischen Interessen auf der einen Seite und den Interessen der Gebührenzahlern auf der anderen Seite geben. Die Belastbarkeit der Bürger hat Grenzen.



Gespräch mit den Berlin-Besuchern aus dem Angelsportverein Netphen im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags.

Zahlreiche Gespräche überall im Wahlkreis Verbindung halten zwischen Berlin und der Heimat

Als Abgeordneter und vor allem als Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages muss Volkmar Klein ziemlich viel Zeit in Berlin verbringen. Um so wichtiger sind ihm die Gelegenheiten, im Siegerland und in Wittgenstein unterwegs zu sein, Firmen zu besuchen oder bei Veranstaltungen mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. In den vergangenen Wochen war er beim Sängerkreis Wittgenstein, bei der Bus-Zug-Premiere der Verkehrsbetriebe Südwestfalen, in Neunkirchen beim Konzert des Adonia-Musical-Projekts, beim Jubiläum des Wahlbäuer

Heimatvereins, als Schirmherr bei der Siegerland Classic Oldtimer-Ralley und bei vielen weiteren Veranstaltungen.



Stephen Hubler, der amerikanische Generalkonsul aus Düsseldorf, lässt sich bei seinem privaten Besuch auf dem Burbacher Museumsfest zeigen, wie man im Siegerland Deggelsplätze backt.



Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

In der Öffentlichkeit wird intensiv über dieses Abkommen diskutiert, das aber noch längst nicht vorliegt. Worum geht es? Hier ein kurzer Überblick:

Weniger Zölle und Barrieren bedeuten mehr Wohlstand

Das haben wir als Deutschland bereits zweimal erlebt: Im vorletzten Jahrhundert hat der Deutsche Zollverein unser Land wirtschaftlich nach vorne gebracht und die Grundlage für Wohlstand gelegt. Im letzten Jahrhundert haben wir das auf europäischer Ebene erneut erlebt. Heute geht der gemeinsame Wirtschaftsraum quer über den Atlantik. Wieder haben wir die große Chance, positive Impulse zu setzen. Weniger Regelungsunterschiede nutzen vor allem kleineren Unternehmen, davon haben wir in Siegen-Wittgenstein viele.

Rote oder gelbe Blinker

Unterschiedliche Regeln bedeuten unnötige Kosten. In den USA kann der hintere Blinker rot sein, in der EU nicht. Umgekehrt brauchen deutsche Autos für den US-Markt viele Änderungen. Nicht nur bei Autos gibt es unterschiedliche Normen und Zulassungen. Mit TTIP soll versucht werden, das zu harmonisieren und Aufwand zu reduzieren.

Rohmilchkäse und Chlorhähnchen

Die Schutznormen haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Rohmilchkäse gibt es in den USA wegen Hygienebedenken nicht. Hähnchenfleisch wird wegen wesentlich strengeren Salmonellenregeln in Chlorwasser desinfiziert, bei uns eher nur für die Badegäste im Schwimmbad üblich. Sowohl die USA wie auch die EU haben Schutzregeln, die auf der anderen Seite eher Erstaunen verursachen. Da auszuloten, ob es gemeinsame Standards geben kann, ist im Detail schwer und zeitaufwendig.

Viel Kritik ins Blaue

Es gibt zwar noch keine Ergebnisse, aber viele Leute behaupten schon mal, TTIP zwingt zur Abschaffung der Buchpreisbindung, zu ungewollten Privatisierungen oder zu Nebengerichten. Aber alles das soll in dem Entwurf, der vielleicht im Laufe des nächsten Jahres kommt, eben nicht drin stehen.

Chancen nutzen

TTIP bietet direkte Chancen für uns, setzt aber auch Maßstäbe für die weltweite Wirtschaft, die immer mehr asiendominiert ist. Auch das ist gut für uns.



Gespräch mit dem Bundesfeuerwehrverband in Berlin: Präsident Hans-Peter Kröger, der im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für Feuerwehren zuständige Berichterstatter Dr. Reinhard Brandl MdB, Volkmar Klein MdB und Vizepräsident Hartmut Ziebs.

Katastrophenschutz und Zivilschutz stärken Bund gefragt für Fahrzeuge in Siegen-Wittgenstein

Obwohl Feuerwehr und Katastrophenschutz in Deutschland Ländersache sind, hat der Bund in der Vergangenheit zahlreiche Feuerwehr-Fahrzeuge finanziert. Auch in Siegen-Wittgenstein. Begründet ist das durch die Bundeszuständigkeit für den Zivilschutz, also für den verteidigungsbedingten Katastrophenschutz. Der ist anders als in den letzten Jahren gehofft auch weiterhin sinnvoll und erforderlich. Volkmar Klein ist daher dafür, dass der Bund auch künftig Fahrzeuge bei unseren Feuerwehren finanziert und dieses Programm nicht, wie zwischenzeitlich diskutiert, einstellt. Das Beschaffungsprogramm für die entsprechenden,

für den Katastrophenschutz ausgerüsteten Fahrzeuge, den sogenannten LF-Kats, sollte weitergehen. Dazu hatte Volkmar Klein jetzt ein Gespräch organisiert mit dem Präsidenten des Bundesfeuerwehrverbands Hans-Peter Kröger, dem Vizepräsidenten und unserem Bezirksbrandmeister Hartmut Ziebs sowie seinem zuständigen Haushaltsausschusskollegen Dr. Reinhard Brandl.

Irland zahlt die ersten Rettungsgelder zurück

Vor drei Jahren hat Irland von den europäischen Partnerländern und dem Internationalen Währungsfonds 85 Mrd. Euro an Hilfen bekommen. Die Finanzmärkte waren nach der Bankenkrise nicht mehr bereit, dem Land neue Kredite zu geben. Ohne diese Unterstützung wäre Irland zahlungsunfähig gewesen und hätte damit sehr wahrscheinlich eine schwere Krise der realen Wirtschaft ausgelöst. Die Rettungsstrategie hat sich bewährt und inzwischen ist das auch für sehr viele der bisherigen Euro-Kritiker eine klare Erfolgsstory. Viel früher als geplant beginnt Irland jetzt damit, erste Rettungsgelder zurückzuzahlen. Auch in den anderen Ländern mit Rettungsprogrammen sorgen erhebliche Reformen dafür, dass die Zahlen besser werden. Das gilt sogar auch für Griechenland. Allerdings bleibt die konjunkturelle Entwicklung in Südeuropa Grund zur Sorge und eine Gefahr auch für die Wirtschaftsentwicklung in unserem Land.



Treffen und Gespräch mit der Jugend der Deutschen Steuergewerkschaft im Siegener Finanzamt.

Fernsehen macht die Klugen klüger und die Dummen dümmer.

Das Zitat wird Günther Jauch zugeschrieben



Sujatha Singh hat im vergangenen Jahr als indische Botschafterin in Deutschland das Siegerland besucht. Volkmar Klein konnte sie jetzt treffen in ihrer neuen Funktion als stellvertretende Außenministerin ihres Landes. Sie hat die beiden Tage in unserer Region in bester Erinnerung. Und Indien wird immer wichtiger für Jobs in Siegen-Wittgenstein.

Mitmachen am Vorlesetag

Auch in diesem Jahr wird Volkmar Klein wieder am bundesweiten Vorlesetag teilnehmen. Studien zeigen: Vorlesen hat einen sehr positiven Einfluss auf die Entwicklung von Kindern. Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wird, verfügen über einen deutlich größeren Wortschatz als Gleichaltrige ohne Vorleseerfahrung und haben durchschnittlich auch bessere Noten. Leider wird aber in etwa jeder dritten Familie zu selten oder nie vorgelesen. Der bundesweite Vorlesetag, soll die Bedeutung des Vorlesens unterstreichen. Volkmar Klein wird wie in den vergangenen Jahren gerne wieder in einer Kindertageseinrichtung vorlesen.



Impressum

Verantwortlich: Volkmar Klein MdB
Ausgabe 18/2014, Auflage: 7.000

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-77705
Weststraße 1, 57072 Siegen
Tel.: 0271-2306718
Auf der Heister 9, 57299 Burbach
Tel.: 02736-491376

volkmar.klein@bundestag.de

Seite 4 Informationen aus Berlin - für Siegerland und Wittgenstein

facebook



www.volkmarklein.de

twitter

LinkedIn

Volkmar Klein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Abgeordneter für Siegerland und Wittgenstein

